



## Bundestags-Info

### KW 15/2019

**Ingrid Arndt-Brauer**

Mitglied des Deutschen Bundestages



Deutscher Bundestag/Photothek/Thomas Koehler

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte euch auch in dieser Woche über die politischen Schwerpunkte in Berlin informieren, die wir in der letzten und auch in dieser Sitzungswoche gesetzt haben.

#### ➤ **Wir passen das BAföG an – damit studieren für Menschen aus allen Schichten möglich bleibt**

Bildung und Weiterbildung darf nie eine Frage des Geldbeutels und des Elternhauses sein. Wer studieren möchte, weiß aber, dass dies sehr teuer werden kann. Diese Investition in die eigene Zukunft lohnt aber meist – und darf deshalb nicht nur Menschen vorbehalten bleiben, die es sich wegen ihres sozialen Hintergrundes leisten können. Das BAföG soll jungen Menschen aus Familien mit eher geringem Einkommen dabei unterstützen, sich ein Studium leisten zu können. Diese Idee geht auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zurück – wir haben das BAföG-Gesetz in den 1970er-Jahren eingeführt und damit dafür gesorgt, dass Menschen aus allen Schichten sich das Studium leisten können. Das BAföG trägt damit maßgeblich zur Chancengleichheit im Bildungsbereich bei.

Gleichzeitig ist in den letzten Jahren die Zahl der Schülerinnen, Schüler und Studierenden, die ein Anrecht auf eine Förderung durch BAföG haben oder von ihrem Förderanspruch Gebrauch machen, stetig gesunken. Ursache dafür ist unter anderem die gute wirtschaftliche Entwicklung: Steigende Einkommen führen dazu, dass viele Familien den Förderanspruch verlieren. Zugleich steigen die Lebenshaltungskosten und belasten besonders die Familien, die nun knapp über den Anspruchsgrenzen liegen. Hinzu kommt ein für junge Menschen mitunter sehr kompliziertes Antragsverfahren und nicht zuletzt die Angst vor Schulden.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass BaFöG stärker an die Gegenwart anzupassen und die Situation für Betroffene zu verbessern. Für die Trendumkehr beim BaFöG haben wir bis 2021 eine Milliarde EUR reserviert – Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat nunmehr aber sogar 1,23 Milliarden EUR bereitgestellt, um die Fördersituation zu verbessern.

So wird mit dem Gesetz, das in der letzten Woche im Bundestag eingebracht wurde, der Wohnzuschlag deutlich erhöht: Zukünftig gibt es 325 statt 250 EUR für Schülerinnen, Schüler und Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Gleichzeitig werden die Bedarfssätze stufenweise um insgesamt 7 Prozent (5 Prozent im ersten Schritt 2019 und 2 Prozent 2020) angepasst. Der Höchstsatz der Förderung wird Zukunft bei 861 EUR im Monat statt wie bisher bei 735 EUR liegen – eine echte Verbesserung für die finanzielle Situation von Schülerinnen, Schülern und Studierenden.



# Bundestags-Info

## KW 15/2019

**Ingrid Arndt-Brauer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gleichzeitig erhöhen wir die Einkommensfreibeträge, um mehr jungen Menschen die Möglichkeit der Förderung einzuräumen: Künftig liegt der Freibetrag um insgesamt 16 Prozent höher (Erhöhung um 7 Prozent 2019, 3 Prozent 2020 und 6 Prozent 2021). Der häufig gestiegene Verdienst betroffener Eltern wirkt sich damit nicht mehr so stark auf den BaFÖG-Anspruch der Kinder aus – mit Blick auf steigende Lebenshaltungskosten ist dies gerechtfertigt. Das Gesetz soll kommenden Herbst rechtzeitig zum Wintersemester 2019/2020 in Kraft treten.

### ➤ Pflege sozial und gerecht gestalten

Unsere Gesellschaft wird immer älter – die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Pflege wird deshalb immer drängender. Dass Pflege sozial und gerecht sein muss, ist unser sozialdemokratischer Grundsatz – jeder Mensch soll im Alter menschenwürdig versorgt werden. Schon in den letzten Jahren haben wir eine Menge geschafft, um die Leistungen in der Pflege zu verbessern. Unser Ziel ist aber noch nicht erreicht: Die Schaffung eines menschlichen, sozialen und bezahlbaren Pflegesystems. Wir haben deshalb ein Konzept erarbeitet, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt – damit Pflegekräfte die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen und Zugang zu guter Pflege keine Frage des Geldbeutels ist. Das bedeutet im Einzelnen:

- Wir wollen die Eigenleistungen deckeln – nicht die Leistungen der Pflegeversicherung sollen begrenzt werden, sondern der Eigenanteil der Pflegebedürftigen bzw. ihrer Angehörigen.
- Wir wollen den Zugang zu den notwendigen Leistungen für Pflegebedürftiger einfacher machen.
- Wir wollen eine Bürger-Pflegeversicherung, in die alle einzahlen und aus der alle die gleichen Leistungen erhalten.
- Wir wollen die Rücklagen der Pflegeversicherung von rund 35 Mrd. EUR für die solidarische Finanzierung einer besseren Pflege heranziehen
- Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag für die gesamte Pflegebranche – denn Pflegerinnen und Pfleger übernehmen eine gesellschaftlich extrem wichtige Aufgabe und machen gleichzeitig einen Knochenjob. Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung widerspiegeln.

Eure

*Ingrid Arndt-Brauer*